

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug ausserdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach d. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 31

Freitag, den 6. Februar 1920

11. Jahrgang

Der Jude wird verbrannt.

Von Nikol. Osterroth, M. d. R.

Die Unbuddsamkeit ist immer eine Erscheinung blutrünstiger Zeiten gewesen. Der intolerante Patriarch von Jerusalem, der den Rassefanatismus und die Kesherrichte der Kreuzungszeit verlor, hat noch in allen Ebbeständen der Menschlichkeit seine Gefinnungsgenossen gefunden. Der Schlachtruf: „Der Jude wird verbrannt“ tönt aus allen Niederungen der Menschheitsgeschichte heraus. Das Menschheitsideal hatte nie einen größeren Gegenfah als den Rassefanatismus und den Nationalitätenhaß. So wenig die Veranfaller der Judenpogrome im östlichen Europa bei den wirklichen Kulturmenschen als Vorkämpfer menschlicher Gerechtigkeit galten, so wenig kann man die „Eseln und Besten“ der deutschen Nation als die wirklichen Kulturpioniere ansprechen, die, als Kriegerheer und Kriegsvölker, von ungeheurer Blutschuld beladen, die Völkerrache durch die infamste Judenhege abzulenken versuchten.

Die Judenfresser Alhwardt und Fürst Bücker hatten doch noch den Milderungsgrund der krankhaften Veranfallung. Die deutschnationalen Reaktionen sichbender Färbung aber lassen sich von den niedrigsten politischen Instinkten leiten. Sie benutzen den Schlachtruf: „Juden raus!“ als Ablenkungsmanöver und als Brücke zur Wiedererlangung ihrer früheren politischen und wirtschaftlichen Machtstellung. Sie sind auch die letzten, die unseugbare Auswüchse kapitalistischer Geschäftsherei bei Angehörigen anderer Abstammung anlagen dürfen, weil viele der ihrigen im Glashaufe sitzen, und sie sind am wenigsten berufen, ihre Klasse mit dem Glorienstein profitierermäthender Enthaltensamkeit zu umkleiden, weil jene doch im wesentlichen die Nutznießerin des Krieges und seiner Dauer war.

Sicherlich gibt es auch Juden, die sich im Krieg und in der Nachkriegszeit bereichert haben, vielleicht sogar sträflich bereichert haben. Rechtfertigt das aber die Judenhege, die von genau den Deuten betrieben wird, die sich früher Vaterlandspartei und Aldeutsche nannten, und die doch die blutigsten Geschäftsmacher in ihren Reihen hatten? Es gibt nicht leicht einen Juden in Deutschland, der nicht an Betriebsamkeit und Weithergeleit der geschäftlichen Moral durch eine Reihe führender Männer der Schwerindustrie überboten würde. Es ist also neben dem Unrecht auch eine Heuchelei, für die unlauteren Praktiken einzelner eine ganze Rasse verantwortlich zu machen und sie an den Schandpfahl zu nageln.

In allen Völkern, in allen Rassen, in allen Klassen gibt es Gute neben Bösen, Edelmenschen neben menschlichen Bestien. Der Aufstieg der Menschheit zu höherer Ethik, zu höheren sozialen Werten wäre gar nicht möglich gewesen, ohne das Ueberwogen des Menschlichen über das Tierische in jedem Gemeinwesen. Und vielleicht hat kein Volk der Erde im Blumengarten der Menschheit mehr gearbeitet als die Juden; denn sie waren zwei Jahrtausende die unterdrückten und verfolgten Kreuzträger Europas. Sie waren die größten Dulder der Geschichte. Sie waren der personifizierte Hieb der Geschichte. Und wo leimten je die Gedanken der Humanität fruchtbarer auf als im Gemüte des Dulden? In den Ghettos der europäischen Länder war mehr Seelengröße, mehr werktätige Liebe, mehr mildes Verzeihen zu finden als in den Burgen der Mächtigen und auf den Scheiterhaufen der Kesherrichter. Wer durch die Schule der Not, des Leidens und der Verfolgung geht, wird mild, verzeihend und verzeihend. Darin aber sind die Merkmale der Menschheit ausgeprägt. Nicht die Farbe des Haars und der Haut, nicht die Form der Nase machen den Menschen, sondern seine Gefinnung.

Ich lag im Weltkrieg an der polnischen Grenze nahe bei dem furchtbar heimgesuchten Kalisch mit seiner größtenteils jüdischen Bevölkerung, deren jämmerliche Heime der Krieg zerstörte, deren kümmerlichen Erwerb er vernichtete. Im Sommer 1915, als die Kirichen reiften, mietete ein kinderreicher, alter kranker Jude an der Straße nach Kalisch eine Anzahl Kirichsbäume, um durch Handel seinen Unterhalt zu verdienen. Die Soldaten stibbten ihm eines Abends vor dem Gefangenenlager die Kirichen und auf seine Hilferufe mißhandelten sie ihn obenbrein in der schändlichsten Weise. Ich nahm ihn in Schutz und wollte die Freier auch zur Straße melden. Der alte Jude verzeigte es. Eine Woche später brach die Ruhrepidemie aus, und ich wurde krank ins überfüllte Revier eingeliefert. Mit mir einer der Peiniger, des alten Juden. Irigendwie erfuhr dies der alte Jude. Von da ab bis zu unserer Genesung schickte er jeden Morgen am Fenster und brachte nicht allein mir, sondern auch meinem Peiniger Milch und Weißbrot, wobei er sich in der beharrlichsten Weise weigerte, eine Bezahlung anzunehmen. Wer steht in solchen Zügen nicht das Charakterbild des Leffingschen Nathan?

Im Frühjahr 1917, in der schlimmsten Rohstückenzeit, wurde ich von meiner Organisation rekrutiert, um meine gewerkschaftliche Tätigkeit auszuüben, zu der auch die Reichs- schützstellung gehörte, die von den Vorkämpfern der Armen, den Kriegskämpfern, den Kriegswitwen und Kriegswaisen in besonderer Weise in Anspruch genommen wurde. Zur Vinderung größter Not mußte ich oft für meine Schub- beschleunigten den Vorkämpfern schwingen. An jüdische Türen habe ich nie vergeblich geklopft, im Gegenfah zu christlichen

begüterten Gesellschaftskreisen. „Christliche“ Barmherzigkeit habe ich in der Regel und vorbehaltlos nur bei Juden gefunden. Ein Kaufmann jüdischer Abstammung aus meiner Bekanntschaft hat in strengster Anonymität Wagenladungen billiger Friedensware teils unentgeltlich, teils zu Friedenspreisen meinen Armen gegeben, statt sie, wie andere, zu Wucherpreisen zu verkaufen. Nathansgröße, vor der ich in Ehrfurcht den Hut ziehe, weil ich sie in diesem Ausmaß nur bei Juden fand.

Und darum verwundert mich, den Sozialdemokraten mit streng christlicher Jugenderziehung, den ringenden und kämpfenden Proletarier, die Judenhege umso schmerzlicher, weil ich sehe, daß sie wirkt, auch in den verhegten und irreführenden Arbeitermassen. Ist es ein Zufall, daß bei den Plünderungen in rheinisch-westfälischen Großstädten die spartakistischen Verbrederschreien mit der Parole ausgingen: „Gegen die Juden!“? So wirkt das schamlose Treiben der deutschnationalen Demagogen bei ihren Klassengegnern. Die Schuld fällt zurück auf die geistigen Urheber. Die Schmach aber flammte ihnen nicht mehr übers Antlitz, weil sie der Menschheit Bestes, das Schamgefühl, verloren haben.

Die Auslieferungskrise.

Eine Kundgebung der Preußischen Landesversammlung.

Die gestern auf 12 Uhr berufene Sitzung wurde erst um 2 Uhr 10 Minuten eröffnet. Von der Regierung war Minister Heine anwesend.

Präsident Seimert:

Meine Damen und Herren! Sie haben alle Kenntnis davon erhalten, daß gestern der deutschen Reichsregierung die Liste der nach Artikel 228 des Friedensvertrages den alliierten und assoziierten Mächten auszuliefernden deutschen Staatsbürger zugestellt worden ist. Aus diesem Anlaß hat sich das Volk eine ungeheure Erregung bemächtigt. Alle empfinden, daß das Verlangen der alliierten und assoziierten Mächte die Ehre des deutschen Volkes auf das tiefste verletzt. Denn wenn wir den Krieg verloren haben, so haben wir doch damit unsere Ehre nicht verloren. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die Ueberzeugung aller Angehörigen des deutschen Volkes. Die schmachvolle Zumutung der gegnerischen Mächte hat die Reichsregierung immer als undurchführbar und unmöglich bezeichnet. Dem schloßen sich das deutsche Volk und die Preußische Landesversammlung an. Sie sind überzeugt, daß es keinen Deutschen geben wird, der das unerhörte Verlangen der Entente erfüllen wird. (Lebhafte Beifall.) Im Augenblick ist noch nicht bekannt, welche angeblichen Kriegsverbrechen die Entente den auf der Liste verzeichneten deutschen Staatsbürgern zur Last legt. Wir wissen also nicht, warum und unter welchen Umständen die Auslieferung verlangt wird. Aber schon die Tatsache allein, daß die Entente die Liste der Auszuliefernden überreicht hat, hat eine noch nie dagewesene ungeheure Empörung und Entrüstung des Volkes ausgelöst. (Lebhafte Zustimmung.) Die Preußische Landesversammlung ist ergriffen von diesem einmütigen Empfinden unseres so schwer leidenden Volkes. Um ihre Uebereinstimmung mit dem Volke festzustellen und der unlagbaren Trauer Ausdruck zu geben über das entsetzliche Angewandene des Gegners seine Erklärung findet, (Bewegung), haben die Mitglieder der Preußischen Landesversammlung mit Ausnahme einer Partei mich beauftragt, Ihnen vorzuschlagen, die heutige Sitzung auszuheben. (Lebhafte Beifall des ganzen Hauses, das die Ansprache mit Ausnahme der Unabhängigen stehend angehört hat.)

Hg. Adolf Hoffmann (U. S.) verurteilt mit scharfen Worten das Vorgehen der alliierten und assoziierten Mächte, verlangt aber im Namen seiner Fraktion, daß die Tagesordnung erledigt wird.

Das Haus schreitet deshalb zur Abstimmung, und die Aufhebung der Sitzung wird mit Ausnahme der Unabhängigen einmütig beschloßen.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der Rede Adolf Hoffmanns: „Es war sogar ganz gut, daß Hoffmann das Wort nahm, denn seine Erklärung hatte gezeigt, daß keine Partei Deutschlands das Auslieferungsverlangen der Entente für recht hält, daß aber auch von einer Einwirkung der sozialistischen Auslandsparteien auf den Friedensvertrag und seine Ausführung bisher nicht das allergeringste zu bemerken war.“

Der Standpunkt der Regierung.

Ein Mitglied der Reichsregierung äußerte sich über den Standpunkt der Regierung zu der Frage der Auslieferung zu Vertretern der Presse. Es erklärte u. a.: Wir befinden uns gegenwärtig in einer kritischen Situation, ähnlich der im Juni vorigen Jahres. Wir haben immer und immer wieder der Entente gegenüber betont, daß sich keine Regierung finden würde, der die Durchführung möglich wäre. Wir haben weiter den Versuch gemacht, die Liste der Auszuliefernden und die Angabe der Beschuldigungen zu erhalten, damit wir selbst gegen die Schuldigen einschreiten könnten. Im November vorigen Jahres haben wir dann durch Herrn v. Versner versucht, in der Auslieferungsfage zu einer Verständigung zu gelangen, jedoch wiederum ohne Erfolg. Die

Regierung hält es für bedauerlich, daß Herr v. Versner entgegen seiner ausdrücklichen Instruktion, die Weiterleitung der Note an die deutsche Regierung abgelehnt hat. Unsere Lage ist dadurch nur schwieriger geworden. Der deutsche Geschäftsträger Rayer wird voraussichtlich heute abend nach Paris abreisen. Die Regierung ist nach wie vor jedenfalls bestrebt, durch weitere Verhandlungen einen Ausweg zu finden.

Frankreichs Kammer zur Auslieferungskrise.

Paris, 5. Feb. (Havas.) In der heutigen Sitzung der Kammer erwähnte bei der Beratung der Interpellation über die auswärtige Politik der Abgeordnete Gernubet den Zwischenfall v. Versner und erklärte, der diplomatische Vertreter Deutschlands in Paris habe sich geweigert, eine Klausel des Vertrages auszuüben, den er selbst unterzeichnet habe. Man wisse auch, daß Deutschland Schwierigkeiten mache, um nicht die Goldmark zu bezahlen, die es bezahlen müsse. Nachdem der Abgeordnete Soulier für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem Rifan eingetreten war und sich dagegen verwahrt hatte, daß der deutsche Kaiser mit Napoleon verglichen werde, kam es im weiteren Verlaufe der Debatte, als Marcel Cachin (Soz.) sich gegen Ratschlag und seine Offiziere wandte, sowie gegen die französische und englische Regierung, die Milliarden ausgegeben hätten, um den Widerstand gegen die Sowjets zu organisieren, zu Lärmgeusen, so daß der Präsident einschreiten mußte. Schließlich wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Paris, 5. Feb. (Havas.) In der Kammert Kommission für auswärtige Angelegenheiten setzte Millierand auf Grund des Textes der Artikel des Vertrages, die sich mit der Auslieferung der Schuldigen betreffen, auseinander, daß das Dokument die wirksamsten Mittel biete, demselben durch Deutschland Achtung zu verschaffen. Er fügte hinzu, daß die Regierung entschlossen sei, die Durchführung des Vertrages mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern. In bezug auf Rußland führte Millierand aus, daß die Richtlinien der französischen Politik dieselben blieben, wie sie nach den interalliierten Beschlüssen vom November 1919 festgelegt worden wären.

Todes über die Weltlage.

Der bekannte Führer der italienischen Sozialdemokratie, der zum rechten Flügel seiner Partei gehört, äußerte sich über die Lage in Italien und in der ganzen Welt einem Bericht der Agentur Radio folgendermaßen:

„Der Streik der Eisenbahner und der Postbeamten ist nicht schlimmer gewesen, als die Streiks, die in Spanien ausgebrochen sind, oder als die Zuckungen, die man z. B. in Spanien oder in ganz Mitteleuropa erlebt. Die Welt ist, daß die ganze Welt leidet. Und wer leidet, wird unruhig. Wenn man sagt, daß Streiks die allgemeine Lage und die Feuerung nur verschlimmern und daß sie die Produktion verringern, so ist das eine Binsenwahrheit ähnlicher Art, als wenn man einem Kranken, der fieber, einschränkt, ruhig zu bleiben, um seine Kräfte nicht in zwecklosen Bewegungen zu vergeuden, und um rascher zu genesen. Das Problem, das gegenwärtig die Welt in Anspruch nimmt, ist kein philosophisches Problem, sondern ein rein praktisches Problem. Die einzige Lösung läßt sich mit einem Worte angeben: Frieden!“

Aber es muß ein wirklicher, allgemeiner, aufrichtiger Frieden sein. Es darf nicht sein, daß die einzelnen Staaten, besondere Vorteile für sich zu erlangen suchen. Sie müssen im Gegenteil, die sie einigende Interessensolidarität stützen und die produktive Kraft steigern. Alles müßte zwischen ihnen im absoluten Freihandel verkehren.

Man müßte endlich die gegenseitigen Schuldenlasten zwischen den Staaten annullieren, anstatt utopische Wiedergutmachungen zu erwarten, die der Gegner niemals wird erfüllen. Das ist das wahre Mittel, die Geldinflation zu verringern, die gesamten Salutarische zu beseitigen, sowie die Feuerung, die durch Streiks naturgemäß noch verschlimmert werden.

Daher ist für mich das Problem im wesentlichen ein Problem der internationalen Politik. Wenn die regierenden Klassen es nicht begreifen, dann können sie den Schaden davontragen. Die arbeitenden Klassen haben es verstanden und sie werden die Macht ergreifen, weil man, zum Wohle Italiens und übrigens auch der ganzen Welt, um jeden Preis über Krankheit und Tod siegen muß.“

„Der nächste Krieg im Stillen Ozean.“

Der „Nieuwe Courant“ meldet drahtlos aus London: Der australische Premierminister Hughes sagte in einer Rede in Melbourne, der nächste Krieg breche wahrscheinlich im Stillen Ozean aus. Er erklärte, wir müssen bereit sein, um zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Australien sei von Ländern umringt, die gleich auf Australien sind. — Der ganze Bahnstirn der kapitalistischen und imperialistischen Wirtschaft wird deutlich multipliziert durch die Tatsache, daß jemand alten Genies vom nächsten Krieg spricht, während der furchtbarste aller Kriege eben erst über die Erde dahingebraust ist. Die Hughes'schen Kriegspantaffen sollten deshalb für alle einsichtigen Menschen eine dringende Mahnung sein, mit nie erlahmendem Eifer alles zu tun, was das große Werk des Friedens verbürgenden Sozialismus zu fördern geeignet ist.

Wieder eine Seifenblase.

Die deutschnationale Presse hat sich wieder einmal selber ein Zeugnis ihrer hochgradigen Unanständigkeit ausgestellt. Nach dem Attentat auf Erzberger hatte sein Gegner Helfferich wenigstens soviel Takt bezeugt, an Gerichtsstelle zu erklären, daß er solange nicht verhandeln wolle, bis nicht sein Gegner wieder insbilde sei, in voller körperlicher und geistiger Frische auf seine Angriffe zu antworten.

Anders handelt die deutschnationale Presse. Noch in derselben Nummer, in der sie das Attentat meldet, hatte sie es eilig, neuen Schmuck auf den Minister zu werfen. In der letzten Verhandlung vor dem Attentat war der Fall der Handelsgeellschaft Ostropa behandelt worden, in deren Aufsichtsrat Erzberger nach Behauptung der Angeklagten-Partei eine Rolle gespielt haben sollte. Erzberger hatte unter seinem Eid erklärt, daß er von der ganzen Gesellschaft noch nie ein Wort gehört habe und ihm die Sache gänzlich fremd sei.

Dann kam das Attentat. Obwohl Erzberger nun fürs Erste ein mehrer Mann war, sich doch die alldeutsche Presse sofort die Vermutung deutlich durchblicken, daß er ein Weichling gewesen sei. In höhnlicher und sensationeller Aufmachung brachte beispielsweise die „Deutsche Zeitung“ einen Auszug aus dem Handelsregister, in dem tatsächlich bei der Ostropa auch Erzbergers Name eingetragen steht.

Trotzdem war es eine Seifenblase, die nun zerprungen ist. Die Mitglieder der Ostropa, ein paar offenbar mehr als hundert Handelsteile, hatten durchaus einen einflussreichen Zentrumspost für den Aufsichtsrat ihrer Gesellschaft haben wollen, da diese namentlich in katholischen Gebieten Handel treiben sollte. Erzberger erschien als der geeignete Mann, und da man ja nicht wissen konnte, wie er sich verhalten würde, so hielt man es für das Beste, ihn gar nicht erst um Erlaubnis zu fragen, als man ihn in den Aufsichtsrat wählte. Zwar sollte nachträglich seine Zustimmung eingeholt werden, aber meinetwegen hat der Herr der Erzberger den Brief persönlich überreichen sollte, die wichtige Handlung „vergesen“. Der Rat, der den Gesellschaftern aufnahm, hielt sich seinerseits nicht behut, darüber Nachforschungen anzustellen, ob die in den Aufsichtsrat nominierten Personen auch zugelassen hätten und das Amtsgericht hielt sich bei seinen Eintragungen wiederum an den notariellen Akt. Kurzum: ein paar gerissene Klammermacher haben mit dem Namen des Ministers Erzberger eine kleine Schelbuna begangen, für die diesen auch kein erbitterter Feind nicht verantwortlich machen kann.

Daß die alldeutsche Presse diese Schelbuna nicht sofort durchschaut hat, obwohl nach der eiblichen Aussage Erzbergers gar kein Zweifel an ihr bestehen konnte, soll ihrer notariellen Geistesbeschränktheit zugeschrieben werden. Daß sie aber die Wirkung des Falles nicht abwarten konnte, sondern dem verwundernden Minister, von dem noch keiner wußte, ob er mit dem Leben davon kommen würde, noch schnell einen kleinen Weineid anhängen versuchte, das zeigt für ihre moralische Verkommenheit und ihre niedrige Kampfmethode. Die Weigerung Helfferichs vor Erzbergers Herkstellung Anklagen zu erheben, ist die sittliche Verurteilung der für ihn streitenden Presse.

Was ist Reaktion?

Diese Frage beantwortet ein Flugblatt der „Deutschnationalen Volkspartei“, in dem es ein lockendes Bild vom Wesen der Reaktion zu geben sucht. Es schreibt:

Die Reaktion ist die Sehnsucht nach der guten alten Zeit, wo Ordnung und Treue im Reich regierten, nicht das Schiebertum, wo wir ehrlieh waren und nicht die Geleise und Verordnungen übertraten mußten, um leben zu können, wo die Mark hundert Pfennige wert war und nicht zehn Pfennige, wo wir Brot, Kartoffeln und andere Nahrungsmittel reichlich und fleißig wenigstens soviel in der Woche hatten, wie heute im Monat.

Diese Lockungen sind Demagogentum von reinstem Wasser. Daß die Zustände vor dem Kriege besser waren als heutzutage, bestreitet niemand. Aber nur grenzenlose politische Verlogenheit kann den Wechsel der wirtschaftlichen Zustände auf den Wechsel der politischen Systeme zurückführen. Es werden hier einfach falsche Ursachen tatsächlichen Wirkungen unterstellt. Ueberlegen wir doch einmal: hörte denn die „gute alte Zeit“ erst am Tage der Revolution auf? Konnte man sich bis zum 9. November 1918 in Deutschland nach Herzenslust fettessen? Alle die Verluste an Glück und Behaglichkeit, die in dem deutschnationalen Flugblatt mit Recht beklagt werden, sind doch schon unter dem alten System während des Krieges eingetreten. Schon drei und vier Jahre vor der Revolution waren Brot, Kartoffeln usw. rationiert, schon zwei Jahre vor der Revolution betrug die wöchentliche Fleischration 250 Gramm, schon lange während des Krieges fehlte das Schiebertum, die Auflösung von Treu und Glauben und des Respektes vor den Gesetzen ein; schon sehr bald nach Ausbruch des Krieges begann die Mark von ihrem bis dahin vollständigen Kurs unaufhaltsam herabzusinken.

Wenn die Reaktion also die Zustände vor dem Krieg — die das Volk in Wirtschaftlicher Not und nicht seiner Regierung verdankte, als ihr Verdienst in Anspruch nimmt, so ist es auch ihr unabweisbares „Verdienst“, diesen Wohlstand in vier Kriegsjahren zerstört zu haben.

Uebrigens — wie wäre es mit einer Probe aufs Exempel, ob die Reaktion die „gute alte Zeit“ wieder zurückzaubern kann? Man stelle sich einmal vor, daß morgen Wilhelm zurückkehrt und in Preußen wieder das Dreiklassenrecht regierte: wer glaubt wohl, daß alsdann übermorgen die Mark wieder hundert Pfennige gelten würde, der Lebensmittelmangel mit einem Jauchzettel vorbei wäre, die Hungerer von der Straße verschwinden? Um Grunde wissen auch die Deutschnationalen ganz genau, daß sie an den jetzigen Zuständen, die auf den Wirkungen des Krieges beruhen, gar nichts ändern könnten. Deshalb schrieb neulich auch die „Lächliche Rundschau“: „Selbst wenn die Monarchie sofort wieder hergestellt werden könnte, würde man sich die Sache doch überlegen und mit der Wiederherstellung so lange warten, bis die schlimmsten Folgen des Krieges überwunden wären. Denn es wäre gefährlich, die Monarchie mit den jetzigen Verhältnissen zu kompromittieren.“

Das war merkwürdig ehrlich geäußert. Die übrigen Deutschnationalen taten das zwar nicht offen, aber sie denken genau so. Nicht die Freiheit, sondern der Krieg hat Deutschland ruiniert. Deshalb kann auch keine Reaktion Deutschland erretten, denn Reaktion bedeutet letzten Endes auch erneuten Krieg; daher erneuten, noch tieferen Ruin.

Deutschland.

Den Unabhängigen von ihrem Führer ins Stammbuch.

In der neuesten Nummer der „Weltbühne“ beschäftigt sich Heinrich Ströbel in einem „Die Diktatur der Rechten“ überschriebenen Artikel mit der schlecht organisierten Aktion der Unabhängigen und Kommunisten gegen das Betriebsrätegesetz. Ueber die Quaträffigkeit der Parole Rätebistatur bemerkt er, daß sie nicht „jene Resonanz unter den proletarischen Massen“ habe, die ihr unabhändige Phantasten zuschreiben. „Sonst hätte die Verhängung des Betriebsrätegesetzes und die Unterdrückung der „Freiheit“ und der „Roten Fahne“ sofort mit einem Generalstreik beantwortet werden müssen. Da das nicht der Fall war, kommt er zu dem Resultat: „Mit der Diktatur der Kommunisten hat es noch gute Wege, dafür haben wir die Diktatur der Rechten bekommen, die sich zur repressiven Diktatur der Rechten auszuwachsen droht. Die Vorbehalten der Revolutionsphantasten und Rätebistatur-Doktrinen haben der Rechten zu einem neuen Triumph verholfen, dem wankenden kapitalistischen System neue Stützen geliefert.“ Ströbel sagt hier seinen Genossen sehr deutlich, was wir immer wieder betont haben und was sie ebenso oft bestritten haben, daß sie mit ihrer Ratschläge nur die Position der Reaktion stützen und die Aktionsfähigkeit der Arbeiter schwächen.

Geradezu vernichtend ist das Urteil, das Heinrich Ströbel über die Politik seiner Partei fällt. Er schreibt in dem erwähnten Artikel:

Hallos taumelt diese Partei zwischen den Extremen umher. Ohne die Entschlußkraft, sich zu den Grundsätzen der Demokratie zu bekennen, hat sie auch nicht den Mut gefunden, sich völlig der kommunistischen Räte-Idee zu verschreiben. Kein Verzicht auf parlamentarische Wirken; aber auch kein Wille, selbst in der Zeit revolutionärer Umgestaltung die Konsequenz des Mitregierens und Mitgestaltens auf sich zu nehmen. Austritt aus der zweiten Internationale, aber gezieltes Sichsperrn gegen den elanen Einfluß an Moskau. Nirgend scharfe Richtlinien der äußeren und inneren Politik, nirgend ein klarer sozialer Aufbauplan, nirgend straffer Wille und eine fähige Lösung. Leidenschaftliche Agitationsarbeit und viel rühriger Organisationsarbeit in Partei und Gewerkschaften — aber ohne jede Einsicht und jeden Willen, diese fieberhafte Geschäftigkeit in den Dienst einer realisierbaren politischen Idee zu stellen. Ein ungeheurer Aufwand schmächtlich verort.

Wir haben diesem Urteil eines Unabhängigen über die Politik der Unabhängigen Partei nur den Wunsch hinzuzufügen, daß endlich die gesamte Arbeiterchaft einsieht, welche verderbliches Treiben die Unabhängigen begehen. Diese Partei, die nach dem Urteil eines ihrer hervorragendsten Köpfe ohne jedes Programm und ohne jeden Mut zwischen den Extremen umherpendelt, nur darauf achtend, den Massen zu Gefallen zu sein, kann keine Arbeiterpartei sein. Als solche muß sie sich in dieser Zeit dazu entschließen können, praktische Aufbauarbeit zu leisten und den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen. Dann müßte sie all den Phrasentum, der sie umgibt und all die schönen Redereien aufgeben, und die Folge davon wäre, daß sie zerplatzen würde wie eine Seifenblase. Um das zu vermeiden, wird weiter hin- und hergeschauelt und mit dem Schicksal der deutschen Arbeiterchaft Schindluder getrieben, nur weil es einer Anzahl Leute gefällt, irgend einer fixen Idee nachzugehen.

Der Landarbeiter-Erlaß.

Der Koste-Erlaß zum Schutz der Landarbeiter hat, wie vorauszu sehen, in der Agrarpresse heftigen Widerspruch hervorgerufen. Die „Deutsche Tageszeitung“ will in dem ihr besonders verhassten Landwirtschaftsminister, Genossen Braun, den geistigen Urheber des Erlasses sehen. Sie stellt dann weiter große Berechnungen an, um nachzuweisen, daß gar keine Entlassungen von Landarbeitern vorgekommen seien, sondern daß es sich nur um den normalen Zu- und Abzug zu den Rindgumstterminen handle. Nun wohl, wenn gar keine Entlassungen vorgekommen sind, warum regt sich dann die „Deutsche Tageszeitung“ über das Verbot von Entlassungen so furchtbar auf? Warum schreibt sie in drohendem Tone, daß die pommerische Landwirtschaft dem Minister Braun die Antwort auf den Erlaß nicht schuldig bleiben werde? Ein ehrlicher Mann hat sich noch nie entristet oder beunruhigt gefühlt, wenn die Strafbestimmungen für Diebstahl verschärft wurden. Nimmt der Großgrundbesitz wirklich keine willkürlichen Entlassungen von Landarbeitern vor, so könnte ihm der Erlaß ganz gleichgültig sein. Woher rührt also die Aufregung?

Wie die Hege entsteht.

In der Berliner Schriftstellerzeitung „Die Feder“ sucht ein Verlag schamlos eine Broschüre von circa 100 Seiten, die eine „antifaschistische Prophezeiung“ sein soll. Sie „soll den Zukunftsrieg zwischen unseren jetzigen Feinden und als Folge davon eine für Deutschland günstige Zukunft sicheres“. Weiter soll sie „geeignet sein, unser tiefgebeunetes Volk aufzurichten und mit neuer Hoffnung zu erfüllen“. Angebote sollen aber nur Herren machen, die „ein solches Thema großartig und sachgemäß zu behandeln und glaubwürdig zu gestalten wissen.“

Also: Man sucht für gutes Geld einen großwüchsigen Herrn, der im Deutschnationalen machen will. Daß er selber an die Märchen glaubt, die er schreibt, ist nicht nötig, wenn er sie nur glaubwürdig zu gestalten weiß. — Aber damit nicht genug: im selben Blatte steht folgendes Inserat:

„Wer schreibt ein gegen den französischen Erbfeind gerichtetes Buch des Hoffes, welches, auf geschichtlichen Tatsachen aufbauend, insbesondere die neuesten Schandtaten des minderwertigen „Siegers“ ins gehörige Licht setzt und unser Volk zum Zusammenstoß gegen den äußeren Feind aufruft! Das Buch soll auch — vielleicht sogar in erster Linie — als Jugendbüchlein Verwendung finden. Material kann vom Verlag geliefert werden. Angeb. mit Ang. des ungef. Umfangs, der Gelertheit und der Honorarbedingung, unter „Franzosenbuch“ ufm.“

Ständig! Unsere Jugend hat noch immer nicht genug Haß in sich aufgenommen. Erzberger lebt ja noch und das Klotzger steht vor der Tür. — Wie haben sich Ballistumoffiziere gegen Entente-Kommunisten betonnen! Jugend, ihr Haß, und dann Heil und Sieg!

Lokales.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die Frage der Erwerbslosenfürsorge beschäftigt gegenwärtig alle interessierten Kreise lebhaft, besonders die Erwerbslosen, die durch die Abtrennung Danzigs vom Reich nunmehr befürchten, jede Unterstützung zu verlieren.

Die Arbeitervertreter, besonders die Gewerkschaften, arbeiten still, aber intensiv an der Regelung dieser Frage. Jedem Menschen ist klar, daß die arme Stadtgemeinde Danzig unter der Last, die sie allein tragen soll, bald zusammenbrechen müßte. Eine Regelung muß aber unbedingt erfolgen, wenn die Arbeitslosen nicht buchstäblich verhungern sollen. Arbeit, Arbeit ist die einzige radikale Regelung. Statt aber diese zu schaffen, machen verbrecherische Kapitalisten noch mehr Arbeitslose. Hier müßte der derzeitige Staatsverwalter, Regierungspräsident Förster zupacken und den Saboteuren des Wirtschaftslebens ihre Pflicht diktiert. Wird er es tun? —

Die vorletzte Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen 50 Prozent Zuschlag zu den jetzigen Sätzen der Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Der Magistrat aber wehrt sich dagegen, weil dann der Zusammenbruch unvermeidbar sei. — Wir glauben aber, daß es möglich sein muß doch etwas zu tun. Was kann, was muß geschehen? — Am 10. Januar hörten alle Reichsverordnungen, soweit sie nach diesem Termine erlassen sind, auf, für Danzig zu gelten. Einige Tage nach dem 10. Januar erschien eine Reichsverordnung, die die Arbeitslosenunterstützung neu regelt und zwar in sozial gerechter Weise gegenüber der jetzigen Art. Hier ist der Vergleich:

Bisherige Bezüge:

männlich ab 21 Jahren	täglich 5.— Mt.
männlich von 18—21 Jahren	3,50
männlich von 16—18 Jahren	3.—
weiblich ab 21 Jahren	3.—
weiblich von 18—21 Jahren	2,25

Neue Regelung:

männlich ab 21 Jahren	täglich 5.— Mt.
männlich von 18—21 Jahren	3,50
männlich von 16—18 Jahren	3,50
weiblich ab 21 Jahren (Einzelfstehende)	4,50
weiblich ab 21 Jahren (Familienmitglieder)	3,50
weiblich von 16—21 Jahren	2,50

Zuschläge für Ehefrauen:

	Bisher:	Jetzt:
Ehefrau (nicht erwerbstätig) täglich	1,50 Mt.	2,25 Mt.
Kind	1.—	1,75

Nach dieser neuen Verordnung erhält die Ehefrau täglich 75 und jedes Kind 75 Pf. täglich mehr. Für die erwerbstätigen Frauen macht die Erhöhung gegenüber den jetzigen Sätzen besonders bei alleinstehenden 1,50 Mt. mehr, bei denen, die im Haushalt anderer sind, 50 Pf. und für die unter 21 Jahren 25 Pf. Die männlichen Erwerbslosen über 21 Jahren gehen leer aus, dagegen erhalten die Jugendlichen von 16—18 Jahren 50 Pf. mehr.

Nimmt man an, daß zu den rund 2—300 männlichen Arbeitslosen etwa 3000 nicht erwerbsfähige Ehefrauen und 6000 zu versorgende Kinder kommen (sowie etwa 2000 alleinstehende weibliche Arbeitslose, so würden 11000 Personen durch diese in Danzig leider nicht geltende Verordnung eine mehr oder geringe Erhöhung erhalten. Zu diesen 11000 Personen kommen dann noch die 16—18 jährigen männlichen Personen, die man von den rund 3000 männlichen Arbeitslosen in einer Zahl von etwa 500 abzuziehen hätte, so daß insgesamt etwa 11500 Personen eine Erhöhung erhalten würden und 2500 leer ausgehen.

Diese neue Regelung, die für das Reich Geltung hat, ist gewiß sozial gerecht, aber sie bringt dennoch viel zu wenig, um auch nur einigermaßen der Zeit Rechnung zu tragen.

Dennoch: Diese Verordnung muß schnellstens auch für Danzig Rechtskraft erlangen. Der Magistrat muß den derzeitigen Reichsverwalter veranlassen, diese Verordnung in Wirksamkeit treten zu lassen.

Die endgültige Regelung der Erwerbslosenversicherung muß unter Mitwirkung der Gewerkschaften vollkommen neu geregelt werden, am besten durch feste Abgabe an die Unterstufungseinrichtungen der Gewerkschaften.

Hoffentlich beweisen die maßgebenden Stellen im Reich das notwendige Verständnis für diese Frage.

Der Oberbürgermeister zu seiner Auslieferung.

Oberbürgermeister Sahm gewährte gestern vormittag einem Vertreter der „D. N. A.“ ein Interview. Dabei entwickelte sich folgendes Gespräch:

„Sie fragen, aus welchen Gründen meine Auslieferung verlangt wird und welche Verhältnisse ich mir hätte ausbilden lassen, die das Auslieferungsverlangen begründen könnten? Ich weiß es nicht. Ich habe während des ganzen Krieges keinerlei Beziehungen zu anderen feindlichen Mächten gehabt.“

„Bei Ihrer Warschauer Tätigkeit Anlaß gegeben zu solchen Verlangens?“

„Ich bin von August 1915 unmittelbar nach der Okkupation von Warschau bis Februar 1918 in Warschau tätig gewesen. Ich bin auf Ersuchen der deutschen Reichsregierung dorthin gegangen, um in der Zivilverwaltung des Generalgouvernements Warschau das Referat für die Staatsaufsicht über die Kommunalverwaltung der Stadt Warschau zu übernehmen mit dem speziellen Auftrag, die Lebensmittellieferung der Stadt zu leiten. Ich bin nicht an der Sage, mich schon jetzt verurteilt zu sehen, da ich nicht weiß, und auch nicht wissen kann, welche „Verbrechen“ man mich beschuldigt.“

Ich habe mit deutschem Pflichtbewußtsein für die Interessen der Stadt Warschau in derselben Weise gearbeitet, wie ich es jetzt für die Stadt Danzig tue. Und ich habe niemals während der ganzen Zeit meiner Tätigkeit in Warschau irgendwelche Beschwerden oder Angriffe gegen meine Tätigkeit gehabt. Als ich im Februar 1918 aus Warschau nach Potsdam auf Wunsch der dortigen Stadtverwaltung zurückkehrte, da ich dort drängen gebraucht wurde (Oberbürgermeister Sahm war von seinem Posten als Oberbürgermeister von Potsdam nur beurlaubt), jedoch mit der Stadtpräsidentin von Warschau Dr. Wiewiacki, der noch heute im Amt ist, seinen Dank für meine Tätigkeit im Interesse der Stadt Warschau und sein Bedauern, daß ich Warschau verlassen mußte, zugleich mit der Hoffnung, daß ich, wie ursprünglich in Aussicht genommen, bald zurückkehren werde. Meine Rückkehr nach Warschau, die für den 1. Juli 1918 in Aussicht genommen war, wurde dadurch zerr-

(Fortsetzung folgt.)

Ist eine Erhöhung der Milch- und Butterpreise notwendig?

Von Dr. Sipschlag.

Ausgehend von der Erwägung, daß die Befriedigung der Großstadt mit Milch und Butter immer geringer wird und daß nach Ansicht der Erzeuger die jetzigen Preise für Milch und Milchprodukte die Herstellungskosten nicht mehr decken, halte die preussische Landesversammlung an sämtliche Oberpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem die Erörterung folgender Fragen angerufen und ein Bericht darüber an die Landesversammlung erbeten wurde:

1. Wird eine Preiserhöhung für Milch- und Molkereiprodukte für notwendig erachtet?
2. Welche Preise fordern die Produzenten des betreffenden Gebietes?
3. Welche Preise hatten die Verbraucher für berechnigt?
4. Welche Vorschläge können der Landesversammlung für die Preisbemessung gemacht werden?
5. Zu welchem Zeitpunkt soll die Preiserhöhung in Kraft treten?

Natürlich stehen sich in dieser hochwichtigen Frage die Ansichten von Erzeugern und Verbrauchern schroff gegenüber. Die Landwirte und die Vertreter der Molkereien behaupten, daß die jetzigen Preise viel zu niedrig seien, wobei sie sich auf die gestiegenen Lohn- und Futterkosten und den Mangel an Nachwuchs in der Milchviehhaltung berufen. Heute seien die Herstellungskosten für ein Liter Milch auf 1,57—2 Mark gestiegen, und es sei für den Landwirt rentabler, Heu, Stroh, Futterrüben usw. anderweitig als durch Verarbeiten an Milchvieh zu verwerten. Es bestehe auch kein genügender Ausgleich zwischen den Preisen von Butter, Magermilch und Quark, und ferner liege ein schwerer Fehler darin, daß in den einzelnen Gebieten örtliche Unterschiede in der Preisbemessung gestattet seien. Die Produzenten verlangen daher Festsetzung großer einheitlicher Preisgebiete und eine Preisregelung von 1 Mark für 1 Liter Vollmilch, 35 Pf. für ein Liter Magermilch und 10 Pf. für ein Pfund Butter.

Die Ansicht der Verbraucher geht dahin, daß die jetzigen Preise für Milch und Butter, die gegenüber dem letzten Friedensjahre eine Steigerung von 400 bis 500 Prozent bedeuten, durchaus gemäßig und daß die geringe Ablieferung lediglich ihren Grund in der ungenügenden Ernte und in der Schlappeheit der Behörden habe, die von den Gemeindevorstehern und Landräten an bis hinauf zu den Oberpräsidenten vielfach Obstruktion treiben. Es sei auch nicht anzunehmen, daß weitere Preissteigerungen erhöhte Ablieferung zur Folge haben würden, da nach den bisherigen Erfahrungen die Landwirte nach jeder Preissteigerung erst recht Milch und Butter zurückhalten, um noch höhere Preise zu erpressen, und da auch regelmäßig die Schleichhandelspreise entsprechend in die Höhe gingen. Es muß daher einmal die Frage erörtert werden, ob nun wirklich weitere Preissteigerungen für Milch und Butter berechtigt und notwendig sind.

Was zunächst die Herstellungskosten der Erzeuger anbetrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß seit der letzten Erhöhung der Milch- und Butterpreise im August 1919 in der Landwirtschaft noch dieselben Tarifverträge maßgebend sind, die damals schon bestanden. Eine Lohnsteigerung hat also, abgesehen von einigen geringfügigen Zulagen, nicht stattgefunden. Auch die Futterkosten sind seit 1916 in keiner Weise gestiegen. Wenn die Landwirte sich jetzt darauf berufen, daß a. B. der Wagon Rotskuchen 16 400 Mark, der Wagon Rapsen jetzt 15 000 Mark kostet, und daß auch Hafer

und Weizen ganz gewaltig im Preise gestiegen seien, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß diese Futtermittel, wie uns positiv bekannt ist, zurzeit von den Landwirten nirgends gekauft oder veräußert werden. Der Landwirt gibt vielmehr seinem Milchvieh Zuckerrüben, eingekauertes Rübenblatt, Futterrüben, Stroh, Heu und Stroh, hier und da etwas Getreideabfälle und Kleie. Wo soll da also die Verteuerung herkommen? Wer aber in der Lage ist, die vorhin genannten hohen Preise für Futtermittel anzulegen, der muß natürlich in seinem Landwirtschaftsbetriebe anderweitig gut verdient haben. Es zeigt sich hier, die Wichtigkeit der Beziehungen der einzelnen Landwirtschaftlichen Betriebszweige untereinander, und es ist durchaus falsch, wenn die Landwirte immer die Milchviehwirtschaft losgelöst von ihrem sonstigen Betriebe betrachten und danach ihre Forderungen aufstellen. Es kann im Zusammenhang hiermit festgestellt werden, daß der Landwirt sein Vieh so auch zur Düngerverzehrung dringend benötigt!

Auch das Operieren der Landwirte mit dem Mangel an Nachwuchs infolge der beherrschenden Eingriffe in die Rindviehbestände ist nur ein Mandel, weil der Rückgang des Milchviehs mindestens zum gleichen Teile auf die zahlreichen unerlaubten Abschachtungen von Kübern zwecks Verwertung des Fleisches im Schleichhandel zurückzuführen ist. Die vielfach verbreitete Ansicht, daß eine bessere Kontrolle der Milchablieferung nicht durchführbar sei, wird glänzend widerlegt durch Mitteilungen des Leiters der Schleswig-holsteinischen Provinzialstelle, nach denen dort die Kontrolle eine sehr scharfe ist und trotzdem keine Widerstände seitens der Landwirte hervorgerufen hat. Diese Feststellung verlangt von den Molkereien die Herausgabe täglicher Nachweise über die Milchablieferung seitens der Landwirte von jeder Kuh. Sie hat ferner zahlreiche Stationenkontrollen angestellt, die unverschont auf die Höhe kommen, die Kühe nachmessen und die Milchmenge kontrollieren. Es ist dadurch erreicht worden, daß der Milchankauf, entfallen durch Nichtablieferung der vier vorausichtlich am Danemark fallenden Kreise Apente, Jenseburg, Sonderburg und Tondern, durch die bessere Ablieferung der anderen Kreise wieder wettgemacht wurde.

Als direkte Unverschämtheit müssen die Klagen der Erzeuger über mangelhaftes Entgegenkommen der Städte bezeichnet werden in Anbetracht der regelmäßig halbjährlich erfolgten Milchpreis-erhöhungen. Noch 1914 bekam der Landwirt für 1 Liter Vollmilch 6—9 Pf., für 1 Pfund Butter 1,10 bis 1,20 Mk., während heute die entsprechenden Preise 50 Pf. und 4,70 Mk. sind. Die vielfach erhobene Forderung, durch frühzeitige Festsetzen angemessener Preise für die Zukunft dem Landwirt einen Anreiz zu vermehrter Milch- und Milchproduktion zu geben, vermögen wir als zweckmäßig nicht anzuerkennen. Da wir über die kommende Gestaltung des Wirtschaftslebens auf allen Gebieten im Dunkeln tappen, sind derartige Versprechungen nicht möglich, wenn man sich nicht selbst desabundieren will. Dagegen können wir die rechtzeitige Veröffentlichung von Aufstellungen über die Erzeugungskosten der Milch für derartige Besprechungen nur empfehlen, damit Nachprüfungen vorgenommen und den unbilligen Berechnungen der Erzeuger sofort mit dem nötigen Material entgegengesetzt werden kann. Nach unserer Auffassung ist den Landwirten und Molkereifachleuten der Beweis nicht geläufig, daß weitere Preissteigerungen für Milch- und Butterzwecke eintreten müssen.

schaften bevorzugt, da sie am geschäftlichsten seien. Etwa 30 Mann sind bereits in der Kriminalabteilung tätig, und sie haben sich hier als Kriminalsekretäre die Anerkennung der Staatsanwaltschaft erworben. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die Danziger Bürgerwehr nicht ohne Verdienste um die Allgemeinheit besteht. In dieser Beziehung heißt es in der Eingabe: „Die Bürgerwehr wurde ins Leben gerufen, als Militär und Polizei vollständig versagten. Sie mußten nicht nur die Polizeimannschaften wieder auf die Straße bringen, sondern auch sämtliche militärischen Wachen übernehmen. In der unruhigsten Zeit hat sie unter größter Lebensgefahr Dienst tun müssen. Der Transport der amerikanischen Lebensmittel nach Polen wurde ebenfalls von ihr überwacht und ein ganzes Jahr lang durchgeführt. Drei tote und ein Dutzend schwerverletzte sind der Beweis ihres unerschrockenen Einschreitens.“

Bedachungs-Gesellschaft für Danzig. Die hiesigen Dachdeckergehilfen haben, um den unzähligen Puschern gerade in diesem Handwerk entgegenzutreten, eine produktive Bedachungs-Gesellschaft für Danzig gegründet. Sie übernimmt die Ausführung sämtlicher ins Fach schlagender Arbeiten. Die Arbeiten werden nur von gelernten Fachleuten fertiggestellt.

Gerichtssache.

Preßbeleidigung. Am 27. August wurde im Reinstal im Pelonker Walde beim Holzfällen die Frau Jahr aus Langfuhr durch einen polnischen Hilfsjäger mit einem Karabiner erschossen. „Das freie Volk“ brachte diese Mitteilung. Der Einsender hatte die beiden selbstgekauften Hilfsjäger, von denen die Tat ausging, für Soldaten der Reichswehr angesehen und bezeichnet. Als Nebenzeugen wurde das Schiwoort „Mordat der Postgarde“ gewählt. Der verantwortliche Redakteur des Blattes, Genosse Bruno Gebauer, wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung der Reichswehr zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen dieses Urteils legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, und die Sache kam vor dem Berufungsgericht zur nochmaligen Verhandlung. Genosse Gebauer stellte den Beweis, daß er an diesem Tage von 10—12 Uhr im Versorgungsausschuß anwesend war, um seine Rentenansprüche zu regeln. Er habe von der Notiz erst aus der Zeitung Kenntnis erhalten. Die Notiz sei von einem bürgerlichen Sekretär verfaßt und eingereicht worden, der den Täter als Soldaten ansprach und sich infolgedessen irrte. Es sei nicht des Angeklagten Absicht, durch Beleidigungen politisch wirken zu wollen. Der Staatsanwalt beantragte 500 Mk. Geldstrafe. Das Urteil lautete wegen fahrlässiger Beleidigung der Reichswehr auf 100 Mark Geldstrafe, Veröffentlichung des Urteils in der „Danziger Zeitung“ und Einziehung der betreffenden Nummer der Zeitung „Das freie Volk“.

Gefahrter Mehlschieber. Der frühere Mühlenbesitzer, jetzige Gastwirt Gustav Sprengler in Danzig ließ sich mit einem Fuhrwerk 7 Zentner Mehl zubringen. Das Fuhrwerk war mit Holz beladen und hatte darunter das Mehl versteckt. In Stadtgebiet wurde das Fuhrwerk als verbotlich angehalten, und das Mehl wurde beschlagnahmt. Da der Empfänger Sprengler keine Aufnahmeverlaubnis hatte, erfolgte Anklage. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen unerlaubten Ausführens von Mehl aus dem Kommunalverbande zu 150 Mark Geldstrafe und Einziehung des Erbses.

Lokales.

Schieber.

Wenn ein armer Teufel sich ein paar Zehnpennige zusammenfuchelt, dann schimpft ihn das fatte Spießbürgertum mit entwürfelter Verachtung einen Schieber: und hat er sogar ein Stück Brot oder ein Stück Fleisch in seinem Hunger weggenommen, dann ist er ein infamer Dieb! Leute, die ihre Not dazu nehmen, sich an fremden Geldern zu vergreifen, heißen Betrüger und Betrüger, und ihre Tat verdammt auch der Volksmund als Unterschlagungen.

Heute läßt man mild oder pflüßig-berühmend zu den größten Schurkenstreichen und Schmutzungen von Schieber und Schiebern. Verschandelt eine ganz ganze Wagonladung gestohlener Waren, dann sind das Schiebern. Bringt ein Gauner gefälschtes Wasser als teure Medizin auf kranken Wegen über dornige Wege, dann ist er ein Schieber. Tut sich eine schmutzige Gesellschaft in Stadt und Land zusammen, um die Milch der Säuglinge, der Wägen, der Kranken und Greise als teure Butter auf den Tisch ihrer Gefinnungsgenossen zu bringen, dann spricht man höchstens von Schleichhändlern. Und das man zugunsten derselben faulenden Schmarotzergesellschaft dem schwer arbeitenden Volk das Fleisch nicht, heißt man sittenwidrig als Schwarzschleichungen ganz in der Ordnung.

Sind unsere Moralbegriffe wirklich so verkommen, daß man für gemeine Betrüger und Verbrecher nicht mehr die rechte Bezeichnung weiß, sie nicht mehr wissen will? Das ist nicht wahr, und es ist an der Zeit, sich auch hierüber Klar zu werden. Wohl hat ein jeder nur allzu großer Teil der Bevölkerung und die hinter ihm stehende Presse ein Interesse daran, mit verwirrender Leichtfertigkeit über die ärgsten Schandtaten, die an der Allgemeinheit verübt werden, mit verführerischen Bezeichnungen von Schiebern und Schiebern hinwegzukommen — nach dem Grundlag, daß eine Kritik der andern nicht die Augen ausblutet. Aber so allgemein ist es doch an der Zeit, die eigenen Augen wieder aufzuheben und sich dem Schiebergeschand nicht täuschen und — verführen zu lassen. Man muß sich in der breiten Leserschaft wieder daran gewöhnen, Verbrecher als Verbrecher und Schurken als Schurken anzusehen und sie auch so zu nennen.

Diebstahl, Hehlerei, Urkundenfälschungen, Betrugszettel und wie die Schandtat alle heißen, werden nicht deshalb Schiebern genannt, weil sie von Menschen in äußerster Elend, in tiefster Schmutzgelegenheit und zu Millionenbeträgen ausgeübt und mit verführerischer Linderbarkeit in aller Öffentlichkeit verübt werden. Und dies Gefühl, das nicht arbeiten will, sondern mit leinen Schurkenstreichen seinen Gewinn erzielt — auf Kosten des verdienenden und arbeitenden Volkes —, das sind nicht Schieber, sondern Diebe, Hehler und Landverwüster, wenn sie wie das ununterbrochen der Fall ist, unser Geld für reiche Ausbeute dem Spiel in die Hand spielen und damit die Balance verschleppen, gleichzeitig die Preise für alle Lebensmittel immer weiter verheerend.

Gewöhnen wir uns wieder an, dieses Schurkenpad und seine Verführer beim richtigen Namen zu nennen und es damit der allgemeinen Verachtung preiszugeben, statt ihm, wenn auch in verführerischer Form, gewissermaßen Beifall zu erteilen. Diese Beachtung wird sehr leicht sich verdienen; und sollte sie in dem ungewaschenen Selbstgefühl dann eine Gestalt annehmen, die bis

Gefährlich schließlich am eigenen Leibe und fühlbar zu spüren bekommt: um so besser.

Einseitige Justiz?

Für die am Montag, den 23. Februar, beginnende Schwurgerichtszeit sind folgende Geschworene durch den Landgerichtspräsidenten ausgelost worden: Kaufmann Max Bogdanski in Joppot, Kaufmann John Art in Oliva, Dipl.-Ingenieur Dr. Fischer in Oliva, Bankdirektor Bed in Joppot, Architekt Adolf Bielefeldt in Joppot, Garnison-Ordnungsinspektor Trütz in Oliva, Dachdeckermeister Ochor in Oliva, Kaufmann Julius Moelle in Oliva, Kaufmann Karl Fierke in Oliva, Dipl.-Ingenieur Werner Krecz in Danzig, Rentier Sindenberg in Joppot, Kaufmann Leo Kramann in Danzig, Rentier Neubauer in Langfuhr, Eisenbahnsekretär Albert Moritz in Langfuhr, Kaufmann Bah in Oliva, Rentier Behrendt in Oliva, Kaufmann Konrad Bied in Danzig, Kaufmann Rauscher in Langfuhr, Rechnungsrat Reizner in Neujahrswasser, Rentier Maquet in Pommern, Fabrikbesitzer Viohl in Oliva, Kaufmann Marne in Langfuhr, Apotheker Hein in Joppot, Mittelschullehrer a. D. Otto Moritz in Langfuhr, Oberpostsekretär Neubauer in Danzig, Betriebsmeister Federan in Oliva, Architekt, Maurer- und Zimmermeister Paul in Langfuhr, Fabrikbesitzer Rischberger in Oliva, Hammerwerksbesitzer Walter Raft in Oliva, Kaufmann Ernst Sack in Oliva.

Das alte Lied, von der Demokratisierung in der Rechtspflege ist nichts zu merken. Unter den 30 Geschworenen ist keiner, der dem Arbeiterstande angehört. Es überwiegen die Vertreter des Kapitals. Und die paar Arbeiter und die anderen Berufsstände sind ihnen vollständig unterworfen. Bei einer solchen Zusammensetzung des Gerichtshofes sind die unerschütterlichen Urteile, die gerade in der letzten Zeit in Danzig gefällt wurden, nur eine Selbstverständlichkeit. Wir fordern Volksgerichte. Die Arbeiter-Schaft von heute ist zu wenig um Recht und Unrecht zu erkennen. Und sie bildet doch nicht einen so geringen Prozentsatz der Bevölkerung, daß man sie mit einer Sanabewegung abtun, über sie hinweggehen kann. In der jetzigen Zusammensetzung des Schwurgerichts klammert die Gefahr der Klassenjustiz.

Um die Zukunft der Bürgerwehr.

Der Führer der Bürgerwehr, Genosse Staeck, hat an die Stadtkorrespondenz eine eingehende begründete Eingabe eingereicht, in der gebeten wird, die Bürgerwehr auf den Etat der Ordnungspolizei zu übernehmen. Es wird dargelegt, daß der Bürgerwehr versprochen wurde, zwar nur zum geringen Teile in die Sicherheitspolizei, aber dann in die Ordnungspolizei übernommen zu werden. Für die Ordnungspolizei werden 750 Mann gefordert. Bisher sind etwa 350 Mann Bürgerwehr und 200 Mann Ordnungspolizei vorhanden. Etwa 250 Mann Bürgerwehr würden sich zur Übernahme in die Ordnungspolizei eignen. Man sollte aber annehmen, die Anforderung stellen, daß die Bewerber 6 Jahre alt sein müssen. Unteroffiziere gewesen sind und das Lebensalter von 35 Jahren nicht überschritten haben. Es wird gebeten, bei den Mannschaften der Bürgerwehr von diesen Bedingungen abzusehen. Sie hätten in der Regel 2—3 Jahre aktiv gedient, dann 4 Jahre während des Krieges mitgewirkt und dann 1½ Jahre im Dienst der Bürgerwehr gestanden und hier den Polizeidienst praktisch erlernt. Sie seien also auf eine Dienstzeit von 7—8 Jahren zurück. Das könnte man ihnen anrechnen. Das zulässige Lebensalter müsse auf 45 Jahre hinaufgesetzt werden. Bei der Annahme der Bürgerwehrlisten habe man ältere Mann-

Humor und Satire.

Dadistische Liebeslyrik. Die „Welt am Montag“ schreibt: Auf unseren Redaktionsstisch liegt eine „grüne Broschüre“ dadas von Kurt Schwitters (Verlag Paul Siegmund, Hannover) mit der Bitte um Besprechung. Wir können uns nicht verhehlen, eine Perle daraus „An Anna Blume“ hierher zu setzen:

O du, Geliebte meiner siebenundzwanzig Sinne, ich liebe dich! — Du deiner dich dir, ich dir, du mir. — Wir. Das gehört (beiläufig) nicht hierher. Wer bist du, ungezählfes Frauenzimmer? Du bist — bist du? — Die Leute sagen, du wärest, — laß sie sagen, sie wissen nicht, wie der Rhythmus steht. Du trägst den Hut auf deinen Füßen und wanderst auf die Hände, auf den Händen wanderst du. Gallo, deine roten Kleider, in weiße Falten zerfällt. Rot liebe ich, Anna Blume, rot liebe ich dich! — du deiner dich dir, ich dir, du mir. — Wir? Das gehört (beiläufig) in die kalte Blut, rote Blume, rote Anna Blume, wie sagen die Leute?

Preisfrage: 1. Anna Blume hat ein Vogel.
2. Anna Blume ist rot.
3. Welche Farbe hat der Vogel.

Blau ist die Farbe meines gelben Haars, Rot ist das Birren meines grünen Vogels. Du schlichtes Mädchen im Alltagskleid, du liebes grünes Tier, ich liebe dich! — Du deiner dich dir, ich dir, du mir. — Wir? Das gehört (beiläufig) in die Gutenkiste. Anna Blume! Anna, a-n-n-a, ich trau'le deinen Namen, dein Name troßt wie ein weißes Kindertal. Weißt du es, Anna, weißt du es schon? Man kann dich auch von hinten küssen, und du, du Herrlichkeit von oben, du bist von hinten wie von vorne: a-n-n-a, Kindertal trau'le freichend über meinen Rücken, Anna Blume, du tropfes Tier, ich liebe dich!

„Anna Blume hat einen Vogel!“ — da-da-da Kapp's ja, verehrter Dichter!

Büchertorte.

Die Stellung der Frau in der Kommunisten-reinende von Dr. A. Schödl. (Verlag der Kulturliga, G. m. b. H., Berlin W. 35). Preis 0,80 Mk. Das Problem der Kommunisten ist im Laufe des vergangenen Jahres nach seinen verschiedenen Seiten hin beleuchtet und besprochen worden. Aber die überaus wichtige Frage, welche Bedeutung der Kommunismus für das Familienleben, h. h. im besonderen Maße für die Frau und das Kind haben würde, ist bis jetzt gänzlich außer acht gelassen worden. Der bekannte Gelehrte Dr. A. Schödl hat in der obigen Schrift gerade diese Seite des kommunistischen Problems in feinsinniger, geistvoller Weise behandelt. Schödl baut seine Betrachtungen auf historisch einwandfreiem Material auf, indem er seiner Schrift die Erfahrungen der sozialistischen-kommunistischen Staatsbildungen vom frühesten Altertum bis in unsere Zeit hinein zugrunde legt. Wir empfehlen die Schrift unseren Lesern wärmstens und empfehlen im selben Zusammenhang auf eine andere Schrift desselben Verfassers: „Zukunftsaussichten der Vergangenheit“ (ebenfalls Verlag der Kulturliga, Berlin W. 35). Preis 0,50 Mk.

stellt, daß ich zum Geschäftsführer des Deutschen Stadtkomitees gewählt wurde und im Interesse der deutschen Städte dieses Amt sofort antreten mußte.

Ihre Tätigkeit in Warschau könnte also kaum irgendwelchen Raum für das Verlangen einer Auslieferung geben. Haben Sie den Eindruck, Herr Oberbürgermeister, daß politische Nachrichten von polnischer Seite, die unlängst aus Aufzeichnungen der polnischen Presse erkennbar waren, in Zusammenhang mit der Auslieferung stehen könnten?

Einen Anhaltspunkt dafür, wessen man sich beschuldigt, scheinen mir allerdings die Angriffe der „Gazeta Odnaka“ vom 19. Oktober 1919 zu geben, welche einen in der Warschauer Zeitung „Przegląd Włocznik“ veröffentlichten Brief wiedergeben. In diesem Brief heißt es u. a.:

Hier muß man beachten, daß sich dieser Angelegenheit von Amts wegen (wörtlich: Im Auftrage der Regierung) der Danziger Delegat annimmt, den ich ein Herr Sahm in zehn Sähen einmal besichtigt: denn Herr Sahm ist wirklich ein fähiger Kopf. Er bewies dieses, wenn auch nur insoweit, daß er in Warschau durch die Behörden Befehlerte für verschiedene unzureichende Geschäfte im Stenensichs herausgeworfen, nach einigen Monaten auf dem Stuhle des Oberbürgermeisters der Stadt Danzig Platz nahm. Diese Tatsache ist gleichsam eine Bestätigung, daß das „Salvo“ (Schieber aller Länder, vereint Euch) nicht nur ein Straßenwitz ist, sondern daß „Schieber“ heute die beste Empfehlung der Deutschen ist.

Was ist an diesen Behauptungen Substantielles?

Wegen dieses Artikels habe ich gegen den verantwortlichen Schriftleiter wegen öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede bei der hiesigen Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt, um Gelegenheit zu haben, diese Verleumdungen aufzuklären. Ich bemerke, daß das zitierte Wort „Szenensichs“ das Warschauer Rathaus bedeutet. Die Stadt Warschau führt nämlich eine Szene im Wappen. Wie unwarhaft die Behauptung ist, daß ich von den deutschen Behörden herausgeworfen sei, geht daraus hervor, daß ich anerkennende Schreiben des Generalgouverneurs und des Verwaltungsbüros besitze, die mir ihr lebhaftes Bedauern über mein Ausgehen aus der Verwaltung des Generalgouvernements ausgesprochen haben. Die Staatsanwaltschaft ist jedoch nicht in der Lage gewesen, die öffentliche Klage zu erheben, und hat das Verfahren eingestellt, da der Justizminister entschieden hat, daß der Artikel auf nationalpolnische Betätigung zurückzuführen ist und daß deshalb die Voraussetzung des Artikels 8 Absatz 1 des deutsch-polnischen Vertrages vom 1. Oktober 1919 über die Gewährung von Straffreiheit als vorliegend zu erachten ist. Nebenbei gesagt, ich bin niemals in Warschau als Polizeilagent, wie mir in einer anderen polnischen Presseäußerung vorgeworfen ist, oder überhaupt polizeilich tätig gewesen. Wenn das Gegenteil von einem anderen polnischen Blatte behauptet worden ist, so ist das unwarhaft. Das mir zugeleitete Dekret bildet zwar eine Abteilung des falschlich-deutschen Polizeipräsidiums in Warschau. Dieses war aber gleichzeitig die übliche Zivilverwaltung für die Stadt Warschau.

Hatten Sie irgendwelche Differenzen mit polnischen Behörden, die Anlaß zu einem jetzigen Respektreiben gegen Sie hätten geben können?

Meine Tätigkeit war weder polizeilicher noch politischer Natur, sondern rein wirtschaftlicher Art. Ich habe auch keinerlei Konflikte mit polnischen Behörden gehabt. Wenn die polnische Regierung es erreicht hat, daß ich auf die Auslieferung gestellt worden bin, so kann ich darin nichts weiter erblicken, als eine politische Kampfmethode, die mit Dankbarkeit nicht gemeinsam hat und die wohl nur das Ziel haben soll, mich von den Verhandlungen bei der Ueberleitung und Bildung des Freistaates fernzuhalten.

Ich persönlich setze übrigens der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen, denn mein Gewissen ist rein.

Die Bitte nennt außer Sahm noch einen weiteren Teilnehmer, den Kapitanleutnant Hellmuth Pagig, der während des Krieges Führer eines U-Bootes war.

Die Ablösung.

Noch sind die schließlichen Reichswehrtruppen nicht ganz aus Danzig weg und kaum sind die ersten englischen Truppen hier, da laufen schon die Klagen ein, daß wir ein Übel gegen das andere eingetauscht haben. Nach Meldungen der bürgerlichen Presse gaben in der Nacht zu gestern an einigen Stellen der Stadt englische Soldaten in „angeregter Stimmung“ Schüsse ab und trieben auch anderen Unfug. Als Angehörige der Bürgerwehr und Sicherheitspolizei die Engländer listeten wollten, stießen sie auf Widerstand. In einem Falle kam ein englischer Offizier hinzu, der die Soldaten zurüchtete. In anderen Fällen wurde der englischen Polizeistärke Mittelteilungs gemacht, die die Angelegenheit weiter verfolgt.

Wenn wir in härtester Weise immer Stellung genommen haben gegen den Schließung des deutschen Militärs, so war das nicht — wie uns immer vorgeworfen wird — Oppositionsgeist. Der gesunde Menschenverstand diktiert sich auf über die Unmatur des Waffengebrauchs, darüber, daß einzelne sich anmaßen, über den Körper ihrer Mitmenschen zu verfügen. Wir werden auch nicht schwächen, wenn die Besatzungstruppen der Entente sich in einem so rüpelhaften Benehmen gefallen, wie das oft von den Jüngern des deutschen Militarismus geschehen ist. Wir dachten uns nicht, wir beissen.

Schichtarbeiter! Laßt Euch nicht eingarnen!

Schichtarbeit will nach seinem Ursprung eine Arbeit sein, durch den er Tausende von Arbeitern auf das Straßenpflaster legt, wieder Arbeiter einstellen, die hauptsächlich die Unterhaltungsarbeiten im Betriebe machen sollen. Die Arbeiterklasse wird dringender als je davor gewarnt, sich zu diesen Arbeiten herzugeben. Bis die Angelegenheit Schichtarbeit nicht völlig geregelt ist, darf niemand dort Arbeit annehmen.

Bohnenbewegung im Handelsgewerbe. Eine auf Veranlassung des Deutschen, sowie des Christlichen Transportarbeiterverbandes am Donnerstag, den 5. d. Mts. im großen Saale des St. Josephshauses stattgefundene Versammlung für die im Handelsgewerbe beschäftigten Hausdiener, Kaufleute, Lagerarbeiter, Arbeiterinnen usw. beschäftigte sich nach Anhörung der beiderseitigen Organisationsvertreter Werner vom Deutschen und Eirodt vom Christl. Transportarbeiterverband eingehend mit den Bohnenhaltissen. Die von der Bohnenkommission vorgeschlagenen Forderungen wurden einstimmig angenommen und die Vertreter beauftragt, diese sofort dem Arbeitgeberverbande zu unterbreiten. Entsprechend der jetzigen Lageverteilung ist es eine Unmöglichkeit, mit den augenblicklich gestiegenen Löhnen auskommen zu können.

Das englische Torpedoboot D 83 Torbay ist heute in den Hafen eingelaufen und nach dem Kaffertafen gefahren, um dort Baggstelle zu nehmen.

Spielplanänderung des Stadttheaters. Wegen Erkrankung von Fräulein Baumann muß die angezeigte Vorstellung „Madame Butterfly“ heute abgesetzt werden. Statt dessen wird Gumpelwinkels Märchenoper „Hänsel und Gretel“ mit anschließender Balletaufführungen gegeben.

Wilhelm-Theater. Auf die heutige Erkauführung „Die Dollarprinzessin“ in böhmischer neuer Einföhrung und glänzender Ausstattung wird nochmals empfohlen hingewiesen. — Morgen Sonntag, geht auf vortrefflichem Kunst „Die spanische Fälsche“ und zwar zum letzten Male in Szene.

Aus dem Magistrats-Press-Büro.

Milchkartenausgabe für Kinder und alte Leute. Im Angelegenheit unserer Zeitung gibt der Magistrat bekannt, daß in der

Zeit vom 5. bis 28. Februar die neuen Milchkarten für das nächste Vierteljahr an Kinder und alte Leute zur Verteilung kommen. Die Ausgabe erfolgt meistens in den einzelnen Stadtschulen. Die Ausgabestellen sowie die Freigabezeiten sind durch besondere Aushänge in den Milchvertriebsstellen bekanntgegeben. Eine schnelle Verteilung ist nur möglich, wenn die Bevölkerung die Ausgabezeiten genau einhält.

Nachzügler und Personen, welche Beanstandungen zu erheben haben, werden in der Hauptstelle für Krankenernährung, Löttergasse 25/24, in der Zeit von 8 bis 1 1/2 Uhr vorm. abgehört, jedoch erst, nachdem die Ausgabe in der betreffenden Ausgabestelle abgeschlossen ist.

Die hiesige Speisekassette ist infolge der Steigerung aller Lebensmittelpreise gestiegen, den Preis des vor ihr verarbeiteten Speises zu erhöhen. Der Speisekassen-Ausschuß hat sich in zwei Sitzungen mit der Frage beschäftigt, ähnliche öffentliche Küchen beschaffen und schließlich einstimmig die Erhöhung als gerechtfertigt erklärt. In Zukunft wird das Mittagessen 1.50 Mk., das Abendessen 1.20 Mk. kosten. Die den Unterbreitungen Familien, die das Essen abholen, gewährte Verbilligung wird bei entsprechender Erhöhung der Sätze fortgesetzt.

Gerabsetzung der Brotmenge. Wie der Magistrat in der heutigen Nummer bekanntgemacht, hat sich die Gerabsetzung der Wochenbrotmenge auch für den Freistaat notwendig gemacht. Die Gerabsetzung beträgt 350 Gr. Brot für die Woche. Zur Durchführung dieser Maßnahme ist die jetzt in Danzig in Geltung befindliche Brot- und Mehlmarte um einen Tag verlängert worden. Die Haushaltungen müssen daher mit dem auf die Karte erhältlichen Brot und Mehl bis Montag, den 16. d. Mts. reichen. Die neuen Karten werden erst am Dienstag ausgeben werden.

Polizeibericht vom 6. Februar 1920. Verhaftet: 18 Personen, darunter 10 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen Bedrohung und 6 in Polizeihast. — Gefunden: 1 Portemonnaie mit Geld, 1 Zahn, Briefmarke und 1 fremde Münze; 1 Portemonnaie mit Geld und Geburtsurkunde für Arthur Bich; 1 Perlenhandtasche, enthaltend 1 Portemonnaie mit Geld, Rosenkranz und 2 Taschentüchern; 1 rechter schwarzer Vollhandschuh, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Wasserstandsnachrichten am 6. Februar 1920.					
	gestern		heute		
Thorn	1,90	2,10	Dielitz	1,87	1,88
Jordan	1,72	1,91	Dirschau	2,28	2,40
Caln	1,68	1,86	Einlage	2,48	2,44
Grauberg	1,86	2,00	Schlesienbach	2,64	2,52
Kurzebrack	2,28	2,38	Wolfsdorf	0,68	0,68
Montaurspitz	1,72	1,94	Amwatz	0,83	1,28

Wetter: Von Schöne bis zur Mitternacht ganz schwaches Eis, treiben bezw. Treiben einzelner Schollen. Eis treibt in östlicher Richtung gut in See ab.

Regat: Eisbede.

Standesamt.

Todesfälle: Student, Bm. d. R. im Garde-Bandw. Substitut, Robert Joseph Führer, 26 J. 6 M. — Pensionierter Major Daniel Hebe, 78 J. 8 M. — Frau Althea Schipke geb. Egerpinski, 24 J. 5 M. — L. des Arbeiters Paul Piotrowski 2 J. 8 M. — Witwe Dorothea Ewersbach geb. Dieckmann, 76 J. 3 M. — Witwe Wilhelmine Stengel geb. Wöhler, fast 85 J. — Rentnempfängerin Robert Kohn, 74 J. — L. des Schmieds Joseph Kondek 7 J. 5 M. — L. des Schlossers Johann Giesmeier, 11 M. — Arbeiter Friedrich Grahmann, fast 54 J. — Unfall: 1 S. 1 J. —

Verantwortlich für den hiesigen Teil: Dr. G. v. S. für den unpolitischen Teil und die Unterhaltungsbeilage: Kurt Schumann, für die Interale: Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag: J. G. v. S. & Co. Danzig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Am Sonnabend, den 7. Februar und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

- Am Sonnabend, den 7. Februar:
Auf Reichsleischkarte Abschnitt C 100 Gramm frisches Fleisch und Wurst (Rinderarten die Hälfte). Die Fleisch der inneren Stadt (ausgl. der Markthalle) mit den Anfangsbuchstaben A bis E erhalten für die bei ihnen angemeldeten Kunden 100 Gr. frisches Schweinefleisch (Rinderarten halbe Menge). Die Vororte Schilde, Stadtgebiet, St. Albrecht und Gumbke erhalten an Stelle des Fleisches 100 Gr. Schmalz zum Preise von 11 Mark für 1 Pfund (Rinderarten halbe Menge).
- Von Montag, den 8. Februar:
Auf die Kartoffelkarte:
Marke 2 der neuen Karte 3 Pfund Kartoffeln.
Auf die nichtbeliefernten Kartoffelkarten der laufenden Woche werden 250 Gr. geschälte amerikanische Erbsen zum Preise von 2.40 Mk. für das Pfund in den Kolonialwarenhandlungen, bei denen die Kundenanmeldung erfolgt ist, ausgegeben.
Außerdem vertreiben wir auf die bei dem größten Teil der Händler noch vorhandenen Vorräte an getrockneten Mohrrüben und getrocknetem Weißkohl.
Die Händler können getrocknetes Gemüse von der Einkaufsgenossenschaft, Milchmännengasse 11, beziehen.
- Von Dienstag, den 10. Februar:
a) 250 Gr. Reis zum Preise von 82 Pfg. für das Pfund oder Gerstflocken, je nach Vorrat in den Geschäften: Rinderkarte Marke 15 K in Danzig und Marke 18 K in den Nachbar-gemeinden.
b) 1 Suppentafel zum Preise von 15 Pfg. Marken 27 und 18 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in Danzig und Marken 9 und 20 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.
c) 5 Stück Knochenmarktschinken zum Preise von 3 Pfg. für das Stück: Marken 28 und 17 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in Danzig und Marken 10 und 21 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.
- Von Mittwoch, den 11. Februar:
Auf die Speisekarte:
125 Gr. Zulaubungsmargarine zum Preise von 1.25 Mk. für das Pfund auf die Marke 7.
Verfallene Marken der Speisekarte dürfen nicht beliefert werden.
Die Butterschäbeler erhalten die Zugabe von 1 Pfund Zulaubungsmargarine am Montag, den 9. Februar, in der Zeit von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr in der Molkereibereitungs, Löttergasse 28.
- Von Donnerstag, den 12. Februar: Auf die Lebensmittelkarte:
250 Gr. Speisekorn zum Preise von 1.20 Mk. für das Pfund.

Marke 26 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in Danzig und Marke 8 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in den Nachbargemeinden.

Die für Mühlenfabrikate eingenommenen Marken haben die Kolonialwarenhandlungen ihren Großhändlern einzureichen, die sie der Verteilungsstelle weiterzugeben haben. Die übrigen vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unzugänglich einzureichen.

Die Fleischkarte haben die für Schweinefleisch eingenommenen Marken L der Einkaufskarte spätestens bis Montag, den 9. Februar der Molkereibereitungs abzugeben. — Am Freitag, den 6. Februar beliefert die Marke L ihre Gültigkeit.

Danzig, den 5. Februar 1920 (361)

Der Magistrat.

Milchkartenausgabe für Kinder und alte Leute.

Von Montag, den 9. Februar, bis Sonnabend, den 28. Februar, erfolgt die Ausgabe der neuen Milchkarte für das nächste Vierteljahr für Kinder und alte Leute. Die genauen Ausgabestellen und Ausgabestellen sind durch gelbe Plakate, die in sämtlichen Milchvertriebsstellen aushängen, bekanntgegeben. Die Bevölkerung wird im eigenen Interesse dringend ersucht, zu den festgesetzten Ausgabestellen die Karten abzuholen, da nur so eine schnelle Verteilung möglich ist.

Nachzügler und Personen, welche Beanstandungen zu erheben haben, werden in der Hauptstelle für Krankenernährung, Löttergasse 25/24, in der Zeit von 8—1 1/2 Uhr vorm. abgehört, jedoch erst, nachdem die Ausgabe in der betreffenden Ausgabestelle abgeschlossen ist.

Danzig, den 5. Februar 1920. (362)

Der Magistrat.

Außenhandelsstelle für das Gebiet der Freien Stadt Danzig.

Die Außenhandelsstelle des Magistrats der Freien Stadt Danzig, wurde auf Grund der Verordnung des Herrn Staatskommissars für das Gebiet der Freien Stadt Danzig über die Freigabe und Abgabe ausländischer Waren über die Grenze der Freien Stadt Danzig die Erlaubnis zu erteilen hat, befindet sich von heute an Danzig, Johannisgasse 29.

Regiment des Magistrats für die Außenhandelsstelle ist Herr Stadtrat Ernst.

Alle Aufträge auf Freigabe und Abgabe ausländischer Waren sind zunächst bei der Danziger Handelskammer, Danzig, Rongermarkt, einzureichen, welche sie nach Begutachtung zur endgültigen Entscheidung an die Außenhandelsstelle weiterleitet.

Danzig, den 6. Februar 1920. (363)

Ständesamt für das Gebiet der Freien Stadt Danzig.

Die Geschäftsbüro der hiesigen Schulverwaltung befinden sich von Sonnabend, den 7. Februar 5. J. ab Reugarten 27. Das Amtszimmer des Herrn Stadtschulrats befindet sich im 1. Stock. Danzig, den 6. Februar 1920. (364)

Der Magistrat.

Gerabsetzung der Brotmenge.

Das Deutsche Reich hat infolge Getreidemangels eine Gerabsetzung der Wochenbrotmenge bewilligt. Die Gerabsetzung beträgt 350 Gr. Brot für die Woche. Die den Selbstverworgern zustehende Brotmenge wird auf 9 Kg. für den Kopf und Monat festgesetzt.

Sowas Durchführung dieser Maßnahme wird die Verteilungsbauer der jetzt in Danzig im Umlauf befindlichen Brot- und Mehlkarte um 1 Tag verlängert. Die Karte gilt also bis einschließlich Montag, den 16. d. Mts. Die Haushaltungen werden daher mit dem Brot- und Mehlverbrauch (parfam) umgehen müssen, solange sie mit dem auf ihre Brotkarten erhältlichen Brot bzw. Mehl den Bedarf des 16. noch decken können.

Die neuen Brot- und Mehlkarten werden entsprechend gefertigt, erst am Dienstag, den 17. d. Mts. in die Hände der Verteilungsberechtigten gelangen.

Die Durchführung der Gerabsetzung in den Sandstrassen am Joppoi wird von dort aus geregelt.

Danzig, den 6. Februar 1920. (365)

Ständesamt für das Gebiet der Freien Stadt Danzig.

Reisbrotmarken dürfen nicht mehr eingelöst werden.

Auf Grund der Verordnung über die Errichtung des Preisprüfungsstellen und die Preisobergrenzen vom 25. September 1915 mit Änderungen wird hiermit folgendes angedeutet:

1. Um einen übermäßigen Brotverbrauch auf Reisbrotmarken zu verhindern, wird hiermit den Bäckern und Mehlhändlern verboten, Reisbrotmarken einzulösen. Die bisher von ihnen eingenommenen Reisbrotmarken sind sofort, spätestens bis Montag, den 9. Februar d. Mts., vormittags 10 Uhr, den zuständigen Verteilungsstellen einzureichen.

2. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

3. Die in das Freistaatsgebiet zureisenden Personen, die im Besitz von Reisbrotmarken sind und diese beim Einlauf von Brot bei den Bäckern vorzeigen wollen, haben ihre Reisbrotmarken bei den zuständigen örtlichen Verteilungsstellen des Freistaatslandes in Danzig, Molkereibereitungsstelle, Löttergasse 25/24, unter Vorlegung ihres Abmeldecheines oder eines Ausweises, der über die rechtmäßige Erlangung der Reisbrotmarken Kasse aus gegen Reisbrotmarken eingetauscht.

4. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Danzig, den 6. Februar 1920. (370)

Ständesamt für das Gebiet der Freien Stadt Danzig.

Arbeitergesangsverein „Sängergruß“
DANZIG.

Am Dienstag, den 3. d. Mts., verschied plötzlich infolge Herzschlages unser langjähriger Sangesbruder und Ehrenmitglied

Eugen Sellin.

In dem Verstorbenen verlieren wir einen Mitbegründer unseres Vereins und unermüdeten Förderer des Arbeitergesanges. (356)
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein Danzig-Stadt.

Die Beerdigung unseres Genossen, des Landtagsabgeordneten

Eugen Sellin

findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Schöningh 12, aus statt.

Die Beisetzung erfolgt auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde.

Die Parteimitglieder treffen sich 1/2 3 Uhr am Hansaplatz. Zahlreiche Beteiligung der Bezirke erwartet

Der Vorstand.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 6. Februar 1920, abends 6 Uhr

Dauerkarten B 1.

Wegen Erkrankung von Fräulein Baumann statt

„Madame Butterfly“

Hänsel und Gretel

Märchenoper von Humperdinck.

Siebert Ballett.

Sonntag, den 7. Februar 1920, abends 6 Uhr

Dauerkarten C 1.

Die lustigen Weiber von Windsor

Komisch-phantastische Oper in 3 Akten von Nicolai.

Sonntag, den 8. Februar 1920, nachm. 2 Uhr

Ermäßigte Preise.

Frau Holle

Weihnachtsmärchen mit Taneinlagen.

Abends 6 Uhr.

Zum 1. Male.

Peer Gynt

Dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen mit der

Orientalischen Musik.

Montag, den 9. Februar 1920, abends 6 Uhr

Dauerkarten D 1.

Madame Butterfly

Tragödie einer Japanerin von L. Jilka u. G. Giacosa

Musik von Giacomo Puccini.

Sonntag, d. 7. Februar

Sporthalle

Großes festes

Runder

Kunstfest

Bühnenball

Erstklassige Gäste; gesamtes Personal vom

Wilhelmtheater.

Anfang 4 1/2 Uhr

Eintritt Mk. 10,— (inkl. Steuer)

Vorverkauf: Zigarrenhandlung Kodtla, Langemarkt Nr. 23.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
Bühnenleitung Willy Köhmann.

Freitag, den 6. Februar, abends 6 1/2 Uhr:

Zum ersten Male.

Die Dollarprinzessin

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Sonntag, den 7. Februar, abends 6 1/2 Uhr:

Spanische Fliege.

In Vorbereitung: Kleine Freiheit.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei

Bruno Kodtla, Langemarkt 23.

Vorverkauf beschränkt

kleiner, eiserner Ofen

zu kaufen gesucht.

Offerten an die

„Danziger Volksstimme“

Am Spandhaus 6.

Lichtbild-Theater
Langemarkt Nr. 2.

Intime Lichtspiele.

Heute Premiere.

2 außergewöhnliche
herrliche Filmwerke

Uraufführung

Hella Moja
Harry Liedtke

in dem
romantischen Lustspiel:

So ein Mädel.

5 Akte von Hella Moja.

359) Hierzu

der Aufsehen erregende
große Ausland-Schlager

Das Grubengeheimnis

4 spannende Akte nach dem

Roman von

Max Pemberton.

MODERNE
KUNST
LICHTSPIELE
LANGFIMR
AM MARKT

Dieses Programm stellt alles in den Schatzen:

Der Clou der eleganten Großfilme

Seine Beichte.

Bekenntnisse eines Lebemanns in 6 Akten mit

Reinhold Schünzel

Der beste Filmschauspieler Deutschlands

Hedda Vernon

Die preisgekrönte Schönheit.

Der Film, der überall beispiellosen Erfolg erzielte.

Der reizende Film der Neuzeit

Die Puppe

Lustspiel in 4 Akten mit der beliebten

Ossi Oswalda.

Die Zwillinge

Lustspiel mit Arnold Riek.

Ab nächsten Freitag

beginnen wir mit der Aufführung des großen

Film-Cyklus

Die Herrin der Welt

mit Ma May

dessen Herstellung 8 Mill. Mark gekostet hat.

Odeon Eder
Dominikswall Holzmarkt

Ab Freitag 3 Uhr:

Die letzten Menschen!

Die Arche, II. Teil.

Großes Schauspiel in 7 Akten.

Richard - Oswald - Film.

Ein Filmwerk von

bleibendem Wert.

Ferner:

Der Abschied unserer

Tropfen am 24. Januar.

Anderweiter Besetzung wegen nur

4 Tage.

Gedania-Theater
Schlüsseldamm 53/55.

Ab heute! Nur bis einschl. Montag!
Der Film der Zeit! Ein Drama aus unseren Tagen!

... die von Gottes Gnaden.

Eine spannende Tragödie von höchster Wirkung,
umrandet von den stürmischen Ereignissen der
Revolution in 8 Akten. Motto: Das Alte fällt,
es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht
aus den Ruinen. (357)

Davies der Teufel.

Großes Dänisches Kriminal-Drama in 4 Akten.

Beginn der letzten Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Freie Baugegenossenschaft
zu Danzig, (365)

eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftpflicht, Geschäftszimmer
4. Damm 7, Zimmer 5.

Sonntag, den 8. Februar 1920, vormittags 9 Uhr
im Werkspielsaal:

General-Versammlung.

Neuerscheinung

NEUE SAAT

Gedichte von Kurt Kläber.

Preis Mk. 1.50

Ein Arbeiter, der mit uns denkt und fühlt,
ein Arbeiterdichter tritt mit diesem Werkchen
vor die breite Öffentlichkeit. Kein Ver-
semmacher, sondern ein Dichter, der die innere
Berufung in sich fühlt. Das Büchlein ist
durchwört von glühender Liebe zur Freiheit.
Es ist so recht geeignet uns zu leuchten und
zu stärken im Kampfe der Arbeit mit dem
Kapital, es ruft zur Einigkeit aller Schaffenden.

Buchhandlung „Volksstimme“

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Uhren
Große Auswahl
in silbernen und goldenen
Damen- und Herren-Uhren.
Weckeruhren in allen
Preislagen. (277)
Reparaturen zu soliden
Preisen.
S. Levy Nachf.,
Uhrmacher, nur Breitg. 28.

Möbel
Sofas, Ruhebetten, Matratzen
Bilder in größter
Auswahl
Dagobert David
Nachf.
Altst. Graben 11.

Echte Celluloid-
Dauerwäsche — unsonst
erhalten Sie nirgends.
Dagegen wirklich gute
Qualität (mit Leinwandlage) zu billigen Preisen
in Spezialgeschäft L. Haller, Johannisgasse 28,
gegenüber Joh.-Kirche.
Echte Celluloidwäsche wieder eingetroffen.

Straßenverkäufer
für die
„Danziger Volksstimme“
wollen sich zu günstigen Bedingungen melden in der
Geschäftsstelle Am Spandhaus 6.

LB
Junkergasse 7
Ecke Breitgasse.

Ab Freitag, den 6. bis
Montag, den 9. Februar

Das intime spannende
Großstadt-Programm!

Die Augen im Walde
oder

Aus dem Leben eines
Frauenarztes.

Geheimnisse aus dem
Leben eines Frauen-
arztes mit all seinen
heimlichen u. lusternen
Angelegenheiten.
5 Akte! 5 Akte!

Der Millionendieb.

Sensations-Detektiv-
Abenteuer in 4 Akten.

Außerdem:

Ein reizendes Lustspiel
als Einlage. (358)

Korsetts
aus guten Stoffen
besonders billig.

Toska Gunkel

Kohlenmarkt 9

gegenüber d. Stadttheater.

Filialen in vielen Großstädten.

(60)

Haar-

Neuheit

Schnellfrisur

Neuheit

Zöpfe,

Perücken,

Tressen,

Unterlagen,

Haubennetze,

Schmuck,

Brennscheren,

Washpulver.

Rob. Kleefeld

Haarhandlung, (157)

Breitgasse 6.

Offene Beinleiden,

Strampfadergeschwüre,

alte Wunden, die

nicht heilen wollen

werden sicher u. schmerzlos

geheilt durch

Draefels Heilöl,

seit altersher als

Wundermittel

bekannt und angewendet.

Schachtel Mk. 3.—

Fabrikant und Vertrieb

Apotheker Draefel, Erfurt.

Zu haben in Danzig in der

Engel-Apotheke u. der

Bahnhofs-Apotheke (6024)

gegenüber Joh.-Kirche.

Echte Celluloidwäsche wieder eingetroffen.

Volksfürsorge,

Bewerkstelligungsgenossen-

chaftliche Versicherungs-

aktiengesellschaft

Anteilige Tarife für

Erwachsene und Kinder

keine Polsterverfall.

Sterbekasse.

Auskunft in den Bureaus

der Arbeiterorganisationen

und von der

Sechsgasse 16 Danzig

Bruno Schmidt,

Mattenbuden 35.

Banauilpräparate

als

Kräutersäfte Mk. 6.— (214)

Kräutersäfte Mk. 6.—

Blutreinigungstee Mk. 3.—

Blutreinigungspillen Mk. 5.—

wirken sicher und schnell

bei allen juckenden Haut-

ausschlägen. Echt zu haben

Adler-Apotheke

Obra. Telefon 1794.

UT
Lichtspiele
am Hauptbahnhof.

Vom Freitag, den 6. bis
Donnerstag, den 12. Febr.

Der V. Teil

des großen Film May-

Fortsetzungsfilm-Cyklus

Die Herrin der Welt

„Ophir“,
die Stadt der
Vergangenheit

Das Riesenspektakel steigt
sich von Akt zu Akt,
der Zuschauer kommt
aus dem Staunen und
der Bewunderung nicht
mehr heraus.

Vorführungen:

Wochentags:

3, 5 und 7 1/2 Uhr.

Sonntags:

2 30 4 10 5 40 7 00

Achtung!

Wegen des großen An-

dranges empfehlen wir

dringend den Besuch

der ersten Vorstellung.

Es ist unvermeidlich, daß

Späterkommende auf

Plätze warten müssen.

Rauchtabak!

Feinschnitt, Übersee, frisch

eingetroffene Zigaretten

zum Wiederverkauf billig

Blühpfund

alkoholfrei. (177)

Walter Belau,

Portefeuillegasse.

Gehrock-Anzüge

Frack-Anzüge

Smoking-Anzüge

Cutaway-Anzüge

in größter Auswahl

J. Rosenbaum

Breitgasse 128/29

Telefon 2121.

(8184)

Sämtliche

Gummiwaren

und Frauenartikel liefert

Gummi-Industrie

Carl Stuke,

Ead Oeynhaus,

Kataloge gegen 30 Pfg.

Porto franko. (70)

Taschenlampen

u. Batterien mit täglich

frischer Füllung

Oskar Prillwitz,

Böttchergasse 18, (815)

Eingang Paradiesgasse.

Gegen Trunkucht

in gutes, wirksames Mittel,

welches durch viele Dank-

schr. empfohlen ohne Miß-

trauen des Trunkers gegeb. werden

kann, da geruch- und ge-

schmacklos. Frei von schäd-

lichen Stoffen. Bestangen

Sie Droge Preis per Dose

8 — Mk. Doppeldose 14 —

Mk. durch das Generallieferant

Apotheker Frank, Frankfurt

approbiert, Berlin S 418.

(8066)

Bibliothek

der freien Gewerkschaften,

Kallgasse 6

Geöffnet Montags, Mitt-

wochs und Sonntags

von 6 bis 1/2 8 Uhr

Den Mitgliedern der

freien Gewerkschaften

zur unentgeltlichen

Benutzung empfohlen

Ausweis:

Mitgliedskarte oder Buch